P1 Perspektiven für die GRÜNE JUGEND: Was wir anders machen wollen

Gremium:	Arbeitsgruppe Perspektiven: Chiara Tummeley, Florian Wilsch, Kay Mähler, Klara Sendelbach, Laura Mai Ehrich, Laura Wahl
Beschlussdatum:	28.10.2018
Tagesordnungspunkt:	5. Perspektiven für die GRÜNE JUGEND

Einleitung

Der Prozess

Auf dem 50. Bundeskongress haben wir die Arbeitsgruppe Perspektiven gewählt und den Perspektivenprozess gestartet, um uns schlagkräftiger aufzustellen. Nach einem halben Jahr mit Zielfestlegung für und Analyse des Verbands und vielen Diskussionen, wo es hingehen soll, legen wir mit diesem Beschluss die Leitlinien fest, entlang derer wir uns als Verband verändern wollen.

Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll dabei mit Unterstützung des Bundesvorstands im nächsten halben Jahr diese Projekte konkretisieren, an Strategien arbeiten, notwendige Satzungsänderungen formulieren und Konzepte erarbeiten. Dabei soll die Arbeitsgruppe gemeinsam mit Bundesvorstand und Bundesgeschäftsstelle die technische Umsetzbarkeit und Finanzierbarkeit ihrer Vorschläge sicherstellen und sich in diesem Rahmen mit der Erweiterung unserer Einnahmen und der effektiven Gestaltung unserer Ausgaben auseinandersetzen.

Eine weitere Beteiligungsphase soll dabei dazu beitragen, dass die Ideen vieler Mitglieder in die Ausarbeitung einfließen können. Ein Schwerpunkt des nächsten halben Jahres ist zum Beispiel die genauere Betrachtung der einzelnen Landesverbände. Zusammen mit den Landesvorständen wollen wir erarbeiten, wie auch dort Potenziale besser genutzt und die Zusammenarbeit zwischen den Ebenen weiter verbessert werden kann – damit wir unsere Ziele als gesamter Verband gemeinsam erreichen können.

Denn die politische Situation in Deutschland, Europa und der Welt war in den letzten Jahrzehnten selten so kritisch wie jetzt: Die Klimakrise verschärft sich, die soziale Spaltung schreitet in Deutschland und weltweit immer weiter voran und beispielsweise feministische Errungenschaften stehen massiv unter Beschuss. Rechte Parteien und Ideen sind in ganz Europa auf dem Vormarsch, bedrohen unsere Demokratie und verschieben gesamte politische und gesellschaftliche Debatten nach rechts. Neben diesem politischen Rollback sehen

wir mit drei weiteren Jahren Großer Koalition nur Stillstand entgegen. Uns reicht es nicht, den Status Quo zu verteidigen. In solch einer politischen Lage braucht es mehr denn je starke, linke Kräfte, die für eine bessere Welt kämpfen. Wir haben Visionen von einer gerechten, ökologischen und freien Welt, in der wir alle frei und gut leben können – und die Klimakrise uns nicht unserer Lebensgrundlagen beraubt hat! Doch um diese Visionen auch zu realisieren, müssen wir in die Offensive kommen. Dafür müssen wir uns schlagkräftiger aufstellen – mit mehr Mitgliedern, die in effektiven Strukturen gut eingebunden sind und gemeinsam zielgerichtet an gesellschaftlicher Veränderung arbeiten. Denn: Um unsere Welt zum Besseren zu verändern, müssen auch wir uns verändern!

Unsere Leitlinien für Veränderung

Die auf dem 50. Bundeskongress beschlossenen Grundannahmen sind dabei die Folgenden: Wir brauchen eine Demokratisierung des Verbandes, um viele Menschen einbinden zu können. Eine Professionalisierung, um Prozesse effektiver zu gestalten und so allen zu ermöglichen sich einzubringen – auch bei knappen Zeitressourcen oder anderen Einschränkungen. Und Befähigung, indem wir unseren Aktiven das Werkzeug an die Hand zu geben, Verantwortung zu übernehmen und politisch zu wirken.

Wir wollen **möglichst viele Leute einbinden**. Das können wir vor allem vor Ort leisten. Bei unseren **Ortsgruppen** finden junge Menschen in ganz Deutschland eine Anlaufstelle – zumeist die erste Anlaufstelle. Und nur vor Ort können wir viele Menschen zusammenbringen, organisieren und einbinden. Gleichzeitig wollen wir **als Verband zusammenwachsen** – dafür braucht es mehr Austausch und das Bewusstsein, dass wir alle gemeinsam am selben Projekt arbeiten. Es ist Zeit, neue Wege in unserer Zusammenarbeit zu gehen und neue Formate für diese zu schaffen.

Dafür brauchen wir **klare Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten**: Wir bringen unterschiedliche Zeitressourcen, Vorkenntnisse und Bedürfnisse mit – und das ist gut so. Um bei der Zusammenarbeit dennoch voneinander zu profitieren, muss klar sein, wer für was verantwortlich ist. Mitglieder müssen von ihren gewählten Verantwortlichen, insbesondere den Bundes- und Landesvorständen, erwarten können, dass sie die gemeinsam beschlossenen Ziele verfolgen – dafür legen Vorstände Rechenschaft ab und koordinieren die politische Arbeit. Wir wollen **Aufgabenbereiche bei den Vorständen zusammenlaufen lassen**, um Prozesse zusammenzuführen und strategisch planen zu können.

Eines ist dafür wichtig: **Organisation ist kein Nullsummenspiel**. Es geht also nicht darum uns gegenseitig etwas wegzunehmen, sondern gemeinsam stärker zu werden. Ein gut und professionell arbeitender Bundesverband bringt uns alle weiter und starke Ortsgruppen nutzen auch allen anderen Ebenen. Um gemeinsam stärker zu werden, müssen wir professioneller arbeiten – diese **Professionalisierung** wollen wir.

In Zeiten wie diesen müssen wir uns dabei immer fragen: Was tun wir warum, mit welchen Mitteln können wir unseren Zielen näher kommen? In unserer gemeinsamen Arbeit wollen wir **Räume für Strategiefindung** schaffen und unsere Arbeit von dieser leiten lassen.

Viele sein, viele einbinden

Wir wollen weiter wachsen, wir wollen verschiedene neue Leute dazu gewinnen und diese Mitglieder einbinden. Das umfasst viele Aspekte:

Wir wollen nicht warten bis Leute zu uns kommen, sondern sie aktiv ansprechen.

In einigen Städten kommen viele junge Menschen von alleine zur Grünen Jugend. Doch gerade junge Menschen, die nicht zur typisch grünen Zielgruppe gehören oder die in strukturschwachen Gebieten leben, kommen oft nicht von alleine auf die Idee, bei uns in der Grünen Jugend aktiv zu werden. Es ist deshalb unsere Aufgabe sie aktiv anzusprechen. Das ist Teil eines niedrigschwelligen Zugangs zum Verband. Dafür müssen wir dorthin gehen, wo sie sich aufhalten – dabei können uns Kampagnen helfen. Wir müssen uns dafür genau fragen: Wen sprechen wir wann und wo an? Mit welchen Themen und warum? Dafür müssen sich auch die Landesvorstände und der Bundesvorstand verantwortlich sehen. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll ein Konzept für einen niedrigschwelligen Zugang zum Verband erarbeiten, in dem auch die Einbindung der neugewonnenen Mitglieder mitgedacht wird.

Wir wollen klare Verfahren für die Einbindung neuer Mitglieder.

Wir freuen uns über alle, die sich durch eine Mitgliedschaft zu unseren politischen Zielen bekennen. Wir wollen aber mehr als passive Konsument*innen. Dazu müssen wir versuchen, neue Mitglieder – ob sie zuerst bei einer Ortsgruppe vorbeischauen, beim Landes- oder Bundesverband Mitglied werden – möglichst schnell informieren, wie sie bei uns aktiv werden können: Welche Veranstaltungen stehen vor Ort, in Land und Bund an, an wen können sie sich mit Fragen wenden, wo können sie sich einbringen? In diesem Rahmen wollen wir auch daran arbeiten, neue Möglichkeiten für neue Mitglieder schaffen, aktiv zu werden und sich einzumischen – ohne dass sie dazu direkt Ämter übernehmen sollen. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll in Zusammenarbeit mit Bundesgeschäftsstelle und Landesverbänden das Verfahren zur Kontaktierung von Neumitgliedern überarbeiten. Dabei soll sie sich auch damit auseinandersetzen, welche Rolle digitale Hilfsmittel in diesem Prozess einnehmen können. Jedes Mitglied soll nach Eintritt Informationen darüber erhalten, wie es sich bei uns einbringen kann. Dazu wollen wir die Mitgliedschaftsregeln für Ortsgruppen und den Bundesverband vereinheitlichen. Die Arbeitsgruppe soll im Rahmen der Verankerung der Ortsgruppen in der Bundessatzung Regelungen zur Mitgliedschaft entwickeln.

Wir wollen eine gute Willkommenskultur für Mitglieder, in der sich alle unabhängig von ihrem sozialen Hintergrund und ihren Fähigkeiten willkommen fühlen.

Wer von denjenigen, die sich für uns interessieren, Mitglied und aktiv wird, entscheidet sich in erster Linie an den ersten Kontakten. Die Ortsgruppen stehen daher besonders in der Verantwortung, aktiv auf alle Neuen zuzugehen und sie einzubinden. Bei dieser Aufgabe soll der Bundesverband die Ortsgruppen stärker – zum Beispiel mit Methodenschulungen oder der Festlegung von Standards – unterstützen. In den Ortsgruppen braucht es für diese Aufgabe verantwortungsbewusste Vorstände, die sich aktiv mit diesen Fragen auseinandersetzen und sich zuständig fühlen. Sie sind diejenigen, die die Arbeit vor Ort organisieren und deswegen maßgeblich zum Erfolg der Ortsgruppe und damit des Verbandes beitragen. Die stärkere Dezentralisierung muss deswegen auch zu einem höheren Ansehen des Amtes vor Ort führen.

Die Grüne Jugend soll ein Ort sein, an dem es von Anfang an Spaß macht, sich zu engagieren – und nichts, wofür sich neue Mitglieder zunächst viel Sprache und Verhaltensregeln erarbeiten müssen. Denn das bringt insbesondere junge Menschen mit anderen sozialen Hintergründen als die Mehrheit unserer Mitglieder dazu, uns schnell wieder zu verlassen. Deshalb wollen wir neue Kommunikationsmuster erarbeiten: Wir wollen neue Mitglieder nicht wie jetzt mit sehr vielen Abkürzungen konfrontieren und deshalb möglichst wenig internes Vokabular und internen Sprachgebrauch aufbauen. Wir wollen Texte ansprechend formulieren und nötige Informationen zur Verfügung stellen, wenn wir mit Mitgliedern und Interessierten kommunizieren. Wir wollen uns bewusst damit auseinandersetzen, welche sozialen Codes es gibt – nur die wenigsten sind tatsächlich notwendig. Das mag zu Beginn schwierig erscheinen, ist aber ein kleiner Preis dafür, Mitglieder mit unterschiedlichen Hintergründen schneller und einfacher willkommen zu heißen.

Wir wollen mehr methodische Schulungen für Amtsträger*innen und mehr Orte zum Austausch schaffen und die dafür notwendigen Finanzmittel zur Verfügung stellen.

Neben einer Überarbeitung unserer Arbeitsweisen wollen wir mit mehr Schulungen und Möglichkeiten zum Austausch dafür sorgen, dass wir Mitglieder nicht mit Aufgaben überfordern. Niemand kommt zu uns als fertige*r Aktivist*in. Viele Fähigkeiten – in Öffentlichkeitsarbeit, Bildung oder Organisation – sind nicht einfach so vorhanden, sondern müssen erarbeitet werden. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll dafür zum nächsten Bundeskongress ein Konzept erarbeiten.

Wir wollen Standards für verschiedene Aspekte unserer Arbeit festhalten.

Zusammen mit Schulungen und Austausch können schriftlich festgehaltene Standards

– beispielsweise für die Organisationsweise von Ortsgruppen oder die Durchführung von Bildungsveranstaltungen – eine gute Grundlage für unsere Arbeit schaffen. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll bis zum nächsten Bundeskongress an der Überarbeitung bestehender und dem Entwurf neuer Standards arbeiten und einen Rahmen erarbeiten, in dem diese aktuell gehalten werden können.

Wir wollen Amtsperioden stärker synchronisieren.

Wir wollen, dass Bundesvorstand, Landesvorstände und Ortsgruppenvorstände unter anderem an strategischen Fragen besser zusammenarbeiten können. Aufgrund sehr unterschiedlicher Wahlzeitpunkte und Jahrespläne gibt es aktuell jedoch keinen Zeitpunkt im Jahr, an dem sich die verschiedenen Vorstände als Team finden und dann gemeinsam auf Ziele hinarbeiten können. Eine besondere Herausforderung ist z.B. konstanten Kontakt zu den Ortsgruppen zu halten und so einen kontinuierlichen Austausch zu ermöglichen. Wir schlagen deshalb vor, die Amtsperioden der verschiedenen Ebenen zu synchronisieren. Eine Wahl aller Vorstände im Herbst würde es erlauben, dass der Bundesverband im Winter Schulungen für alle neu gewählten Landesvorstände anbietet und die Landesverbände, in Kooperation mit dem Bundesverband, solche Angebote für Ortsgruppenvorstände schaffen. Das persönliche Kennenlernen, methodisches Training und Austausch zu Strategiefragen sollen so zu besserer Arbeit und Kooperation über das Jahr hinweg führen.
Auch werden derzeit die Mitglieder einiger Gremien des Bundesverbands – der Internationalen Koordination, des Bildungsbeirats und des SPUNKS – zu unterschiedlichen Zeiten gewählt, was es ebenfalls schwierig macht, als Team zusammenzufinden und die eigene Arbeit über längere Zeithorizonte zu planen. Auch hier sollen die Amtsperioden synchronisiert werden.

Wir wollen unseren Aktiven mehr Möglichkeiten geben, Erfahrung zu sammeln und dafür die Fluktuation in der Grünen Jugend gezielt verringern.

Durch mehr methodische Schulungen wollen wir unseren Amtsträger*innen helfen, mehr Wissen über ihre Arbeit zu erhalten. Die beste Schulung ist aber kein Ersatz dafür, selbst Erfahrungen zu machen und aus ihnen zu lernen. Die hohe Fluktuation in unseren Strukturen ist dafür ein Hindernis: Auf der einen Seite geben viele Amtsträger*innen ihr Amt sehr schnell wieder ab und ihre Nachfolger*innen müssen vieles neu lernen. Auf der anderen Seite haben die meisten ehemaligen Amtsträger*innen keine aktive Rolle mehr bei uns, obwohl wir von ihren Erfahrungen und ihrem Wissen stark profitieren könnten. Auch für unsere Ziele in der Frauenförderung ist starke Fluktuation nachteilig, weil wir so kaum Vorbilder für junge Frauen schaffen können. Wir wollen deshalb die Fluktuation in Ämtern verringern – durch eine Überarbeitung von Amtszeiten und Wiederwahlbeschränkungen. Für langjährige Mitglieder wollen wir neue Möglichkeiten schaffen, ihre Erfahrungen in unsere Arbeit einzubringen – beispielsweise, indem wir sie in projektbezogene Teams einbinden oder vermehrt

für die Durchführung von Schulungen gewinnen. Insgesamt wollen wir so unsere langjährigen Mitglieder länger an uns binden, auch indem wir unsere Wertschätzungs- und Feedbackkultur verbessern und unser Höchstalter leicht erhöhen.

Wir wollen die Altersgrenze für die Mitgliedschaft in der Grünen Jugend auf 30 Jahre erhöhen.

Wir konnten im Rahmen der Verbandsanalyse feststellen, dass auch unser niedriges Höchstalter zu Fluktuationen beiträgt. Viele unserer Mitglieder, die zum Beispiel nicht studieren, kommen erst deutlich älter zu uns und haben deswegen deutlich weniger Möglichkeiten, sich noch in der Grünen Jugend einzubringen. Sich bei den Grünen einzubringen, ist keine Alternative zum Engagement bei der Grünen Jugend: Bei uns geht es darum durch Kampagnen, Aktionen, Demonstrationen und Co. gesellschaftliche Verhältnisse zu verändern, dafür bieten wir unseren Mitgliedern umfassende politische Bildungsangebote. Wir wollen auch Menschen, die spät bei uns eintreten, mehr Zeit geben, an unserer Bildungsarbeit Teil zu haben und diese in politischen Aktivismus zu übersetzen. Etwas ältere Mitglieder können außerdem dabei helfen, unsere Arbeit im Verband kontinuierlich zu gestalten und unsere Planungshorizonte zu erweitern. Wir wollen uns in Zukunft Menschen, die spät Mitglied werden öffnen und langjährigen Mitgliedern ermöglichen, ihre Erfahrungen besser einzubringen. Deshalb wollen wir, dass unsere Mitglieder insgesamt länger die Möglichkeit haben, bei uns aktiv zu sein, Neues zu lernen und mit ihren Fähigkeiten die Arbeit der Grünen Jugend zu gestalten. Wir wollen das Höchstalter auf 30 Jahre anheben.

Alle anderen parteipolitischen Jugendverbände in Deutschland haben ein Höchstalter von 35. Indem wir mit unserem Höchstalter weit hinter ihnen bleiben, verwehren wir uns vieler Chancen, Ressourcen und Schlagkraft, mit ihnen auf Augenhöhe den politischen Diskurs zu gestalten. Eine Erhöhung des Mitgliedsalters hilft uns dabei, unseren Visionen Ernsthaftigkeit zu verleihen und sie in die Welt zu tragen.

Vor allem Landesverbände in strukturschwachen Gebieten leiden unter dem niedrigen Höchstalter, da ihre Aktiven schnell wieder gehen müssen. Eine Anhebung des Mitgliedsalters kann vor allem für solche Landesverbände einen Mitglieder- und Finanzsegen mit sich bringen. Die Erhöhung des Höchstalters wäre deshalb ein Bestandteil einer Strategie, die Grüne Jugend in strukturschwachen Gebieten besser aufzustellen.

Wir wollen ein Verband aus jungen Leuten sein, die sich trotz Altersdifferenzen auf Augenhöhe begegnen. In Zukunft auch 29-Jährige, die eine Jugendorganisation mitgestalten wollen, neben jungen Mitgliedern zu haben ist ein mutiger Schritt, der uns zusammen weiter bringt. Die Arbeitsgruppe soll dazu bis zum nächsten Bundeskongress eine Satzungsänderung und ein Konzept für den Übergang erarbeiten.

Gremienstruktur und Zusammenarbeit effektiv gestalten

In Zukunft wollen wir Arbeitsprozesse sinnvoller strukturieren. Wenn wir ein Problem oder eine Aufgabe erkennen, die bearbeitet werden soll, wollen wir zuerst die Ziele der Arbeit benennen und unsere Mittel festhalten. Erst dann überlegen wir, wer die Aufgabe übernimmt, ob es dafür ein Gremium, eine Zuständige oder mehrere Verantwortliche braucht. Außerdem wollen wir Aufgaben dort bearbeiten lassen und Probleme dort behandeln, wo sie tatsächlich gelöst werden können – alles andere führt zu Frustration statt Lösungen.

Wir wollen unsere starre Gremienstruktur aufbrechen: Dafür wollen wir einerseits Mitarbeit vereinfachen und Projekte flexibler organisieren und andererseits konstante und strategischere Arbeit ermöglichen.

Im Bundesverband der Grünen Jugend gibt es im Moment sehr viele Ämter und Gremien, die teilweise nur schlecht besetzt werden können, deren Aufgaben unklar sind oder sich überschneiden und die nicht gut arbeiten können.

Wir wollen die Arbeit in der Grünen Jugend deshalb neu aufteilen. Auf der einen Seite in Teams, die an einzelnen Projekten, für die sie konkret gebildet wurden, arbeiten, auf der anderen Seite in solchen Gruppen, die sich längerfristig mit der Ausgestaltung unserer Arbeit beschäftigen und es uns so ermöglichen, strategischer zu arbeiten.

Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll für die Überarbeitung der Gremienstruktur im Rahmen dieser Leitlinien Konzepte erarbeiten, die in der nächsten Beteiligungsphase diskutiert werden und entsprechende Satzungsänderungen vorbereiten. Im Rahmen dessen soll die Arbeitsgruppe Perspektiven außerdem an Umbenennungen von Gremien und Ämtern arbeiten und Namen entwickeln, die Aufgaben gut widerspiegeln, die verständlich und kurz genug sind, um sie nicht abkürzen zu müssen.

Wir wollen einerseits mehr in projektbezogenen Teams arbeiten.

Das Problem in unserer bisherigen Gremienstruktur ist einerseits die ganzjährige Besetzung aller Gremien, selbst wenn sie für nur in einem Teil des Jahres oder übers Jahr unregelmäßig verteilte Aufgaben haben. Einige Gremien verfallen nach ihrer Wahl zeitweise in Inaktivität und können dann, wenn akute Aufgaben anstehen, schwer wieder reaktiviert werden. Auch gibt es bisher kaum einen Mechanismus, mit dem Mitglieder, *bevor* sie ein Amt übernehmen, einen Einblick in die damit einhergehenden Aufgaben erhalten können. So werden insbesondere junge Frauen ohne Vorerfahrung häufig zur Übernahme von Ämtern und der damit

einhergehenden Verantwortung überredet, ohne auf diese vorbereitet oder in ihrer Ausführung begleitet zu sein – viele erfahren dadurch Frustration statt Empowerment. Wir brauchen deshalb Strukturen, in denen sich Mitglieder auch kürzer, mit weniger Zeitaufwand und weniger unmittelbarer Verantwortung einbringen, etwas lernen, sich weiterentwickeln und zum Erfolg unserer Ziele beitragen können – ohne frustriert und ausgebrannt zu sein.

Wir wollen deshalb künftig möglichst viele Aufgaben in projektbezogenen Teams, die eng mit dem Bundesvorstand verzahnt sind, bearbeiten. In solchen Teams können wir einfacher Aktive mit verschiedenen Wissens- und Erfahrungsständen zusammenarbeiten lassen, wir können Mitglieder Erfahrung sammeln lassen, bevor sie für formale Verantwortungspositionen kandidieren und Mitgliedern, die bereits in der Vergangenheit solche Positionen hatten, die Möglichkeit geben, ihre Erfahrungen noch in einem anderen und gegebenenfalls weniger intensiven Rahmen einzubringen. Das gibt Menschen auch bei geringeren Zeitressourcen die Möglichkeit, sich im Bundesverband der Grünen Jugend einzubringen.

Wir wollen andererseits in längerfristigen Strukturen arbeiten und dafür Amtszeiten auf zwei Jahre verlängern.

Kurzfristig arbeitende Teams können jedoch nicht strategisch planen. Hierfür braucht es weiterhin einige feste Gruppen, die kontinuierliche Arbeit planen, Jahrespläne aufsetzen und langfristige Kampagnen entwerfen. Auch für solche Aufgaben sind einjährige Amtszeiten häufig unpassend, da sie nur sehr kurze Planungshorizonte ermöglichen. Jede Gruppe braucht zu Beginn einige Zeit, um sich kennenzulernen, in der neuen Rolle zurechtzufinden, Arbeit zu sortieren und ein Gemeinschaftsgefühl zu entwickeln und kann in dieser Zeit weniger effektiv arbeiten. Bis man erfolgreich in einem Amt arbeiten kann, muss man erst einiges lernen und Fehler machen können. Häufige Wechsel verhindern es, dass unsere Aktiven sich sinnvoll einarbeiten und langfristig gut zusammenarbeiten. Außerdem erschweren sie es uns, neuen Funktionsträger*innen gute Schulungen anzubieten, da wir diese umso häufiger brauchen, je häufiger wir neu wählen. Deshalb wollen wir Amtszeiten von festen Gremien verlängern.

Insbesondere beim Bundesvorstand können wir viel durch eine verlängerte Amtszeit gewinnen: Unsere Sprecher*innen können bekannter werden, besser Kontakte zu Journalist*innen aufbauen, unsere Vorstände können sich besser notwendiges Wissen für ihre Arbeit aneignen, besser als Team zusammenfinden – das auch jetzt besonders eng zusammenarbeiten muss – und können besser strategisch arbeiten.

Auch, wenn man als junggrüne*r Delegierte*r beispielsweise in einer Bundesarbeitsgemeinschaft der Grünen eine kürzere Amtszeit hat als alle anderen Mitglieder des Gremiums, macht das die Arbeit schwerer: Es dauert, sich in ein Themenfeld einzuarbeiten, die Abläufe zu verstehen und zu lernen sich dort für die Grüne Jugend sinnvoll einzubringen.

Der Bundesvorstand sowie Delegierte zu Bundesarbeitsgemeinschaften und dem Länderrat der Grünen und gegebenenfalls weitere Ämter sollen deshalb in Zukunft für zweijährige Amtszeiten gewählt werden. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll dazu zum nächsten Bundeskongress eine Satzungsänderung erarbeiten. Bei der Neugestaltung von Amtszeiten soll auch sichergestellt werden, dass alle Mitglieder eines Gremiums gleichzeitig gewählt werden. Dabei sollen die Arbeitsbereiche und Informationen stärker an den Bundesvorstand angegliedert werden, um eine Gesamtstrategie zu entwickeln und verschiedene Aktivitätsbereiche zusammendenken zu können.

Wir wollen im Rahmen der Umstrukturierung der Gremienstruktur neu evaluieren, für welche Aufgaben wir Wahlen auf der Mitgliederversammlung durchführen.

Dabei müssen wir uns insgesamt fragen, wie welche Gruppen zusammengesetzt werden. Projektbezogene Teams wurden in der Vergangenheit meist durch Einberufung durch andere Zuständige, selten durch Wahlen eingesetzt. Alle längerfristig zusammenarbeitenden Gruppen werden derzeit als formelle Gremien gewählt. Unter anderem führt das auf Bundeskongressen dazu, dass wir sehr viele Wahlen durchführen, ohne uns dabei tatsächlich mit den extrem vielen Kandidat*innen auseinandersetzen zu können und eine informierte Wahl zu treffen. Dieses Problem wird aktuell durch die Präferenzwahl in Teilen verdeckt, jedoch kann das für uns keine langfristig tragbare Handhabung sein. Eine Wahl durch die Mitgliederversammlung ist dann erforderlich, wenn die gewählte Gruppe eigenständig politische Entscheidungen für die Grüne Jugend trifft oder wenn sie formelle Macht- oder Kontrollfunktionen inne hat. Auf einige unserer Gremien trifft das offensichtlich zu, auf viele nicht.

Formelle Strukturen gehen auch immer mit einem stärkeren Maß an Verantwortung einher: Wer von der Mitgliederversammlung gewählt ist, ist unmittelbar ihr Rechenschaft schuldig und hat von Beginn an die Aufgabe, selbstständig zugewiesene Aufgabenbereiche zu bearbeiten, für politische Auswirkungen geradezustehen und dafür Sorge zu tragen, dass ihr Arbeitsbereich funktioniert. Ohne vorherige Erfahrungen ist das in vielen Fällen kaum möglich, was bei vielen Aktiven Frustration verursacht.

Wir wollen Raum für Strategiefindung schaffen.

Wir wollen strategisch arbeiten, das heißt uns also immer nach den geeigneten Mitteln für die zunächst ermittelten Ziele fragen. Um das zu tun, braucht es jedoch auch die entsprechenden Räume, diese Strategien zu erarbeiten, wir müssen uns Zeit für Strategiefindung nehmen und es schaffen, die notwendigen Akteur*innen zusammenzubringen. Insbesondere bedarf es einer besseren und tiefgehenderen Zusammenarbeit zwischen Bundesvorstand und Landesvorständen. Die Arbeitsgruppe Perspektiven arbeitet im nächsten Jahr an Konzepten wie diese Zusammenarbeit, über die vorliegenden Vorschläge von bspw.

Funktionsträger*innenvernetzung und Methodenschulungen hinaus, weiter vertieft werden kann, zum Beispiel durch einen Ausbau des Treffens des Bundesvorstands und der Landesvorstände.

Neugestaltung unserer Diskussionsräume

Im Moment fehlt es uns an Räumen, in denen verbandsweite Diskussionen stattfinden können. Das müssen wir ändern, denn solche Diskussionsräume sind notwendig, um politischen Diskurs überhaupt zu ermöglichen, gemeinsam wichtige Entscheidungen zu besprechen, uns weiterzuentwickeln und zu positionieren.

Wir wollen eine Zukunft für den SPUNK schaffen.

Der SPUNK hat das Potential, eine wichtige Rolle für Diskussionen in unserem Verband einzunehmen, diese anzuregen und einen konstruktiven Rahmen anzubieten – genauso wie über einzelne Gruppen und Landesverbände hinaus Best Practices und coole Aktionen miteinander zu teilen. Leider geht seine Reichweite immer weiter zurück, die politische Debatte findet nicht mehr dort statt. Das wollen wir ändern und dem SPUNK einen Neustart ermöglichen. Dafür soll die Arbeitsgruppe Perspektiven im nächsten halben Jahr ein Konzept entwickeln, das auch überprüft, ob ein gedruckter SPUNK möglich ist.

Wir wollen Diskussionen dezentral führen.

Wir sind zu viele, um verbandsweite Diskussionen zu führen, während wir uns alle gegenübersitzen. Dennoch ist es nötig, Wege zu finden, wie wir mit vielen Leuten, die an verschiedenen Orten leben, diskutieren können. Dafür die Ortsgruppen zu nutzen und beispielsweise im Vorfeld von Bundeskongressen Anträge, relevante Strategieentscheidungen, aktuelle und langfristig entscheidende Themen parallel in verschiedenen Ortsgruppen zu diskutieren, wäre eine sehr gute Möglichkeit hierfür. Vorbild dafür kann beispielsweise das Vorprogramm zum 50. Bundeskongress sein. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll die Voraussetzungen für solche Diskussionen schaffen.

**Wir wollen Diskussionen auf Bundeskongressen verbessern,
indem wir ein neues Verfahren zur Antragspriorisierung
entwickeln und nur vordiskutierte Anträge besprechen.**

Die Zeit auf Bundeskongressen ist knapp – Diskussionen können dort nur eingeschränkt stattfinden. Es ist nötig, diese Diskussion im Vorfeld des Kongresses zu führen. Deshalb wollen wir die Antragsberechtigung für den Bundeskongress so verändern, dass nicht mehr einzelne Mitglieder, sondern nur noch Gruppen antragsberechtigt sind. So gewährleisten wir, dass hinter allen Anträgen, die auf dem Bundeskongress behandelt werden, ein Diskussionsprozess steht, der beispielsweise in Ortsgruppen oder Fachforen stattfinden kann. Eine solche Änderung stärkt die Ortsgruppen und Fachforen als Diskussionsplattform

und ermöglicht es uns, den Anträgen, die diese Hürde genommen haben, mehr Energie auf dem Bundeskongress zu widmen. Außerdem wollen wir über ein neues Verfahren zur Antragspriorisierung nachdenken: Abstimmungen könnten zum Beispiel besser vorbereitet werden, wenn zu Beginn der Mitgliederversammlung demokratisch festgelegt wird, welche Anträge behandelt werden und welche nicht. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll dazu zum nächsten Bundeskongress Satzungsänderungen erarbeiten.

Wir wollen auf Bundeskongressen mehr Programmpunkte, die sich – auf verschiedene Arten – mit den politischen Themen des Kongresses beschäftigen.

Die Bedeutung des Bundeskongresses liegt nicht nur in der Mitgliederversammlung, sondern auch darin, dass er ein vielfältiges Programm an Workshops, Treffen und Diskussionen hat. Sehr große Teile des Programms sind allerdings durch Konvention oder sogar Satzungsbestimmungen festgelegt. Wir wollen ermöglichen, dass auch durch Workshops oder Diskussionsrunden außerhalb der Mitgliederversammlung das Kongressthema oder andere wichtige oder aktuelle Themen behandelt werden und dafür die Anzahl festgeschriebener Programmpunkte verringern.

Wir wollen überprüfen, ob in Zukunft ein oder zwei Bundeskongresse pro Jahr stattfinden sollen.

Diskussionen in der Mitgliederversammlung können, egal wie wir sie ausgestalten, keine Einbindung von sehr vielen Mitgliedern herstellen. Dennoch ist der Bundeskongress die größte Veranstaltung, zu der jedes Mitglied fahren kann. Er ist Bildungs- und Diskussionsveranstaltung und wir treffen dort wichtige Entscheidungen, bei denen möglichst viele Mitglieder anwesend sein sollten. Wir brauchen andere Angebote, die Diskussionen im Verband besser ermöglichen und wollen gleichzeitig, dass der Bundeskongress weiter wachsen kann und zentraler Punkt in unserem Veranstaltungsprogramm ist. Er sollte das Event im Jahreskalender sein – gut vorbereitet, sowohl organisatorisch als auch inhaltlich. Das wollen wir durch einen Ausbau von dezentralen Veranstaltungen und Diskussionen im Vorfeld noch verstärken. Die Aufmerksamkeit des gesamten Verbandes auf eine so wichtige Veranstaltung zu legen, würde uns besser gelingen, wenn sie nur einmal jährlich stattfindet. Auch die Vorbereitung könnte gründlicher und unter weniger Stress geschehen.

Außerdem werden Bundeskongresse teurer, je größer wir werden – unsere Finanzmittel wachsen aber kaum. Ob wir zwei Bundeskongresse im Jahr langfristig finanzieren können, ohne an Bildungs- und Diskussionsangeboten, die für die Einbindung vieler Mitglieder geeigneter sind, zu sparen, ist sehr fraglich. Stattdessen eine bessere Sommerakademie und Themenkongresse einzuführen, die Debatten in anderen Formaten erlauben würden, könnte uns die dringend nötigen Debattenräume schaffen. An solchen Alternativen zu einem der Bundeskongresse und

finanziell machbaren Konzepten soll die Arbeitsgruppe Perspektiven in Zusammenarbeit mit der Schatzmeisterin arbeiten. Diese sollen in der nächsten Beteiligungsschleife diskutiert werden.

Ortsgruppen zum Kernstück des Verbands machen

Damit unsere Ortsgruppen tatsächlich zum Kernstück des Verbands werden, bei denen neue Mitglieder eine Anlaufstelle finden, Diskussion und Bildung genauso wie politische Kampagnen- und Öffentlichkeitsarbeit stattfinden, müssen wir einige Voraussetzungen erfüllen.

Wir wollen eine einheitliche Aufgliederung und Mitgliedschaftsregeln und dafür die Ortsgruppen in der Bundessatzung verankern.

Die Ortsgruppen sind derzeit in Landessatzungen, nicht aber in der Bundessatzung, geregelt. Das führt dazu, dass sich einige Regelungen sehr unterscheiden, einige Landesverbände kennen gar keine Ortsgruppen. Für eine bessere Willkommenskultur wollen wir dabei eine gemeinsame Mitgliederbasis: Neue Mitglieder können so gleichermaßen Informationen über ihre Ortsgruppe, ihren Landesverband und den Bundesverband erhalten. Durch eine bessere Verankerung der Ortsgruppen können wir ihre Rechte stärken und zu einem Verband werden, in dem Mitglieder gleichermaßen Ortsgruppe, Landesverband und Bundesverband angehören und diese Ebenen gut auf unsere gemeinsamen politischen Ziele gerichtet zusammenarbeiten. Dafür soll die Arbeitsgruppe Perspektiven bis zum nächsten Bundeskongress eine Satzungsänderung erarbeiten.

Wir wollen klare Verantwortlichkeiten in allen Ortsgruppen haben.

Um eine Willkommenskultur für neue Mitglieder zu haben, miteinander und mit anderen Ebenen zusammenzuarbeiten, braucht es klare Verantwortlichkeiten (vor allem Vorstände) in allen Ortsgruppen. Schon alleine um die Kommunikation innerhalb des Verbands zu ermöglichen, muss jederzeit klar sein, wer der*die richtige Ansprechpartner*in ist.

Wir wollen, dass Ortsgruppen durch Bundes- und Landesverband in ihrer Arbeit unterstützt werden: Durch gemeinsame Standards, methodische Schulungen, Vernetzung und Angebote für Veranstaltungen.

An vielen Orten sind wir noch relativ klein, was die Arbeit für viele Ortsgruppen schwerer macht. Aber auch die stärkeren Ortsgruppen müssen nicht alle einzeln das Rad neu erfinden. Der Bundesverband und die Landesverbände haben die Möglichkeit, Grundlagen für die Arbeit vor Ort zu schaffen: Erfahrungswerte zu Organisation, Veranstaltungs- und Aktionskonzepte, die dann

an Gegebenheiten vor Ort angepasst werden können, Schulungen, die den Ortsgruppen Werkzeuge für ihre Arbeit an die Hand geben und Vernetzungsangebote für Ortsgruppenvorstände. Im Rahmen einer Überarbeitung des Ortsgruppenhandbuchs soll der Bundesverbands Standards festhalten und sie in einer Weiterentwicklung des Handbuchs herausgeben, die Schulungen und Austausch ergänzen und präzisieren können. Ein effektiver und professionell arbeitender Bundesverband stärkt so alle Bereiche der Grünen Jugend und hilft insbesondere kleinen Ortsgruppen und solchen in strukturschwachen Gebieten weiter. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll im Rahmen ihrer Arbeit zu Bildungsstrategie, Standards und dem Konzept für methodische Schulungen Angebote für Ortsgruppen erarbeiten.

Frauen, Inter und Trans fördern

Wir sind ein feministischer Verband: Wir wollen ein Verband sein, in dem Frauen eine starke Rolle spielen und von dem dringend nötige gesellschaftliche Veränderung ausgehen kann. Das bedeutet, dass wir vielen jungen Frauen ermöglichen wollen, sich in der Grünen Jugend einzubringen. Dafür bedarf es gezielter Förderung und Empowerment, die der Benachteiligung von Frauen entgegenwirken und sie dazu ermächtigen, aktiv etwas zu verändern. Auch Inter und Trans bedürfen an einigen Stellen gezielter Förderung; ihrer Diskriminierung muss aktiv entgegengewirkt werden. Dabei ist uns wichtig, Frauen, Inter und Trans nicht jedes Mal pauschal in einen Topf zu werfen, sondern zielgerichtete Förderangebote zu machen.

Wir wollen eine Geschlechterstrategie, die alle Arbeitsbereiche und alle Ebenen der Grünen Jugend berücksichtigt.

Wir haben zwar die Quote als sehr effektives Instrument, Frauenförderung muss aber auch in vielen anderen Bereichen unserer Arbeit eine Rolle spielen: Wie planen wir Veranstaltungen so, dass sie Frauen ansprechen? Wie fördern wir Frauen in unserer Bildungsarbeit? Wie verwenden wir unsere Finanzmittel so, dass sie Frauen zugute kommen? Wie schaffen wir weibliche Vorbilder für neue Frauen? Wie und welche Themen kommunizieren wir nach außen? Wie fördern wir Frauen, begeistern sie für politische Arbeit und bereiten sie auf die Übernahme von Verantwortung vor, um nicht nur zur Erfüllung der Quote kurz vor Wahlen Kandidatinnen zu suchen? Wie können wir effektiv gegen sexuelle Gewalt vorgehen, um ein möglichst sicheres Umfeld zu schaffen? Wie können wir verhindern, dass Trans Diskriminierung erfahren? Was braucht es an Förderangeboten für Inter und Trans, was eignet sich überhaupt? Wo sollten Fördermechanismen mit denen für Frauen zusammenfallen, wo nicht?
Um in all diesen Bereichen die Potentiale zur Förderung von Frauen und zur Bekämpfung der Diskriminierung von Inter und Trans zu nutzen, müssen wir uns in einer Geschlechterstrategie auf Methoden einigen und alle, die an diesen Themen arbeiten, in die Pflicht nehmen, sie in ihrer Arbeit umzusetzen. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll dazu bis zum nächsten Bundeskongress Grundlagen

für eine Geschlechterstrategie erarbeiten.

Wir wollen, dass in unseren zukünftigen Strukturen die Förderung von Frauen, Inter und Trans stark mit unserer Alltagsarbeit verknüpft ist.

Solche Methoden können wir im Rahmen des Perspektivenprozesses nicht für immer festschreiben, sondern müssen sie weiterentwickeln. Die bisherige Struktur des Frauen-, Inter-, Trans- und Genderrates ist dafür aber kaum geeignet: In viele der Informationen, wie der Mitgliederentwicklung, der Einbindung von Frauen in Strukturen oder Teilnehmer*innenzahlen von Veranstaltungen, hat er kaum Einblick. Wenn er sich Einblick verschafft hat, ist er selten an einer Stelle, wo er etwas verändern kann und kann häufig nur Berichte erstellen. Daneben ist die Zuständigkeit für Veränderung unklar: Die Frauen-, Inter-, Trans- und Genderpolitische Sprecherin hat die beinahe gleichen Aufgaben. Eine Ansiedlung der Aufgaben im Bundesvorstand – federführend bei der Frauen-, Inter-, Trans- und Genderpolitischer Sprecherin – kann diese Probleme beheben. Mit Unterstützung vor allem der politischen Geschäftsführer*in und Schatzmeister*in, die in ihrer Arbeit besonders viel mit organisatorischen Fragen zu tun haben und möglicherweise weiteren Aktiven kann sie so an der Anpassung und Umsetzung der Geschlechterstrategie arbeiten. Den Frauen-, Inter-, Trans- und Genderrat wollen wir deshalb in seiner jetzigen Form abschaffen und die Aufgaben vor allem an die Frauen-, Inter-, Trans- und Genderpolitische Sprecherin und ein Team um sie herum geben. Außerdem soll der Austausch zwischen den Zuständigen der Länder vertieft werden, um so tatsächlich ebenenübergreifend vorgehen zu können. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll dazu eine Satzungsänderung erarbeiten.

Bildung, um die Welt zu verändern

Wir wollen uns mit unserem Bildungsprogramm gegenseitig dabei helfen, die Gesellschaft und ihre Funktionsweisen zu verstehen – denn Verständnis und Veränderung müssen Hand in Hand gehen.

Wir wollen eine Bildungsstrategie entwickeln, die Veranstaltungsformate, Inhalte und Ziele für unsere Bildungsarbeit betrachtet.

Wir wollen junge Leute in ihrem Politisierungsprozess unterstützen und Wissen vermitteln, das im Bildungssystem viel zu kurz kommt. Wir wollen unsere politische Arbeit unterstützen, indem wir inhaltliche Grundlagen für die Planung von politischen Aktivitäten und unsere Wirkung nach außen vermitteln und uns immer wieder neue Impulse geben, damit wir politisch nicht auf der Stelle stehen bleiben. Wenn wir das erreichen wollen, können wir unsere Bildungsveranstaltungen nicht einzeln für sich selbst stehend planen, sondern müssen eine Strategie entwickeln, entlang derer wir unser konkretes Bildungsprogramm planen. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll deshalb bis zum

nächsten Bundeskongress Grundlagen für eine Bildungsstrategie erarbeiten.

Wir wollen, dass die Planung der Bildungsarbeit künftig in einem neuen Team stattfindet, das explizit für die Bildungsarbeit gebildet wird, sich also nicht aus in andere Funktionen gewählten Funktionsträger*innen zusammensetzt, und das gut an den Bundesvorstand angebunden ist.

Die Fachforen leiden derzeit unter ihrer Doppelaufgabe, ein Diskussionsforum zu sein und Bildungsveranstaltungen zu planen. Die beiden Aufgaben sind jedoch sehr unterschiedlich. Für die Planung von Bildungsveranstaltungen sind mehrere verschiedene Fähigkeiten erforderlich, die über die zur Mitarbeit in oder Koordination von einem Diskussionsraum hinausgehen: Zum einen braucht es inhaltliches Vorwissen zum Thema und, durch unseren Anspruch, Gesellschaftskritik und politische Zusammenhänge zu vermitteln, auch zu verwandten Bereichen. Außerdem brauchen die Organisator*innen methodische und organisatorische Fähigkeiten und die Lust, Bildungsveranstaltungen zu organisieren. Viele Mitglieder, die erstmals als Fachforumskoordinator*in kandidieren, wissen wenig von den bevorstehenden Aufgaben und bringen vor allem Interesse am Thema mit. Die Fachforen sollen deshalb zukünftig nicht mehr direkt für die Bildungsarbeit verantwortlich sein, sondern sich darauf konzentrieren, einen Diskussionsraum zu bilden, in dem interessierte Mitglieder sich austauschen und für den Verband relevante Debatten führen können.

Die Planung der Bildungsarbeit soll statt wie bisher im Bildungsbeirat zukünftig in einer eigens hierfür gebildeten Gruppe erfolgen. Diese neue Gruppe soll in enger Zusammenarbeit mit dem Bundesvorstand die Aufgabe haben, das Bildungsprogramm der Grünen Jugend zu strategisch zu gestalten. Der Bildungsbeirat besteht zurzeit aus Vertreter*innen der Fachforen und anderer Gremien – mit der neuen Struktur wollen wir erreichen, dass die neuen Verantwortlichen nicht nur ihr eigenes Thema in der Bildungsarbeit vertreten, sondern themenübergreifend, anhand von inhaltlichen und strategischen Fragen arbeiten: Welche Inhalte brauchen wir in der aktuellen politischen Situation besonders? Welche Veranstaltungen brauchen wir, um es möglichst vielen Mitgliedern zu ermöglichen, etwas über zentrale Themen zu lernen? Wie gestalten wir ein ausgewogenes Verhältnis zwischen verschiedenen Themen, zwischen allgemeinen Fragen und spezialisierterem Wissen? Strategische Fragen für das Bildungsprogramm können wir im Perspektivenprozess nicht ein für allemal beantworten. Wir brauchen Orte, an denen neue Impulse für eine Strategie entstehen und an denen ein Bildungsprogramm geplant wird, die mit unserer politische Arbeit verknüpft ist und das Synergieeffekte mit unseren anderen Aktivitäten – oder auch den Bildungsangeboten auf Landes- und Ortsebene – schafft. Eine neu gestaltete Gruppe, die eng mit dem Bundesvorstand verzahnt ist, kann so einen Ort bieten. Die konkrete Planung und Ausführung der Bildungsveranstaltungen soll in Projektteams erfolgen, die zusätzlich aus Mitgliedern bestehen, die inhaltliche Expertise oder methodisches Wissen

mitbringen oder die Erfahrung in der Bildungsarbeit sammeln wollen.

Langfristig wollen wir die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern hier stark erhöhen, um nicht mehr etliche unterschiedliche, sondern ein gemeinsames Bildungsprogramm zu haben, das sich gegenseitig ergänzt.

Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll zum nächsten Bundeskongress im Rahmen der Umstrukturierung der Gremien einen Vorschlag für die Ausgestaltung dieses Teams, der weiteren Gestaltung der Bildungsarbeit und der neuen Rolle der Fachforen erarbeiten.

Rausgehen und nach außen wirken

Als politischer Jugendverband wollen wir nicht nur uns selbst durch Bildungsangebote weiterentwickeln, sondern auf die Gesellschaft einwirken.

Wir wollen gute Kampagnen nutzen, um unsere Organisationsstrukturen weiterzuentwickeln und auf die Straße zu gehen.

Kampagnen ermöglichen es uns, in einem Zeitraum geballter Aktivität auf der einen Seite unsere eigenen Organisationsstrukturen weiterzuentwickeln und auf der anderen Seite mit vielen hundert Leuten auf die Straße zu gehen, neue Leute anzusprechen und gesellschaftliche Stimmungen zu beeinflussen. Sie sind deshalb ein wichtiger Teil unserer Arbeit. Gute Kampagnen erfordern eine politische Analyse der aktuellen Situation durch den Bundesvorstand. Die Mitgliederversammlung trifft die relevanten strategischen und politischen Entscheidungen über unsere Kampagnen. Die Umsetzung soll in Zukunft in einem vom Bundesvorstand eingesetztem Kampagnenteam erfolgen. Im ganzen Verband benötigen wir zur Planung und Umsetzung von Kampagnen gute Kommunikationsstrukturen, starke Ortsgruppen und stabile Strukturen mit klaren Verantwortlichen. Gut aufgebaute Strukturen sind also die Grundlage für erfolgreiche Kampagnen. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll wie oben beschrieben daran arbeiten, diese Grundlagen zu schaffen und im besonderen eine gute Kommunikationsstruktur zwischen Bund, Ländern und Ortsgruppen entwerfen – gegebenenfalls unter Einbeziehung der Bundesgeschäftsstelle.

Wir wollen mehr Schulungen für und Austausch zwischen Sprecher*innen von verschiedenen Ebenen.

In der Pressearbeit lässt sich viel Zeit und Energie in Arbeit stecken, die uns nur wenig sichtbar macht; was effektiv ist und was nicht ist dabei für neue Sprecher*innen nicht einfach einzuschätzen. Wir wollen deshalb im Rahmen von methodischen Schulungen und durch mehr Austausch mehr Wissen über effektive Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bei denjenigen schaffen, die uns nach außen vertreten und Synergieeffekte nutzen.

Wir wollen ein Team schaffen, das angebunden an den Bundesvorstand an Designfragen und der Weiterentwicklung des Corporate Designs arbeiten kann.

Das Corporate Design hat unsere Öffentlichkeitsarbeit professionalisiert, viele Gliederungen und Mitglieder tun sich mit seiner Verwendung aber schwer. Um unsere Darstellung weiter zu verbessern bietet es sich an, Aktive zu finden, die den Bundesvorstand in Designfragen unterstützen und dabei an der Weiterentwicklung des Corporate Designs arbeiten.

Wir wollen, dass unsere Sprecher*innen ihr Amt länger ausüben, um in der Öffentlichkeit präsenter sein zu können.

Effektive Pressearbeit funktioniert vor allem durch Bekanntheit und persönlichen Kontakt zu Journalist*innen. Die Doppelspitze und sehr kurzen Amtszeiten unserer Sprecher*innen (im Bundesverband höchstens zwei Jahre, bei einjährigen Amtszeiten) machen diese Arbeit schwerer. Bis Kontakte zu Journalist*innen aufgebaut werden können, vergeht meist der größte Teil des ersten Jahres und es bleibt nur wenig Zeit, um diese zu nutzen, bis sich Nachfolger*innen neue Kontakte aufbauen müssen. Wenn unsere Sprecher*innen ihr Amt länger ausführen, profitieren wir davon als gesamter Verband. Die Arbeitsgruppe Perspektiven soll eine entsprechende Satzungsänderung vorschlagen.

Wir wollen uns effektiv in die Partei und in zivilgesellschaftliche Bündnisse einbringen, um etwas zu verändern.

Für gute Partei- und Bündnisarbeit sind die oben beschriebenen organisatorischen Ansprüche an gute Ortsgruppenarbeit, Zusammenarbeit im Verband usw. die wichtigsten Voraussetzungen. Außerdem fehlt es uns hier teilweise an Strategien, die Zuständigkeiten sind unklar. Eine bessere Absprache zwischen Bund und Ländern, die durch eine vertiefte Zusammenarbeit ermöglicht wird, kann hierbei weiterhelfen.